

# Abfuhr für die AHV-Pläne des Bundes

Die Bevölkerung will weder länger arbeiten noch mehr Mehrwertsteuer zahlen. Aber sie hat andere Ideen, wie eine Deloitte-Umfrage zeigt.

**Florence Vuichard**

Es war die gute Nachricht der vergangenen Woche: Das Loch in der AHV-Kasse ist deutlich weniger gross als bis vor kurzem gedacht. Zu diesem Befund gelangen jedenfalls die Experten des Bundes. Sie sehen die Entwicklungen bei Demografie und Konjunktur positiver und haben deshalb mit neuen Zahlen neue Resultate errechnet.

Doch solche Annahmen können sich leicht eintrüben. Die Konjunktur dürfte einen empfindlichen Dämpfer erleiden, sollte die Schweiz etwa Donald Trumps Strafzoll von 39 Prozent nicht wegverhandeln können. Zudem braucht es noch eine Finanzierung für die 13. AHV-Rente.

Der Bundesrat will diese erstmals 2026 ausbezahlte Zusatzrente mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,7 Prozent finanzieren. Das ist aber nicht mehrheitsfähig, wie eine neue, repräsentative Umfrage des Beratungsunternehmens Deloitte deutlich aufzeigt. Nur gerade 26 Prozent der Befragten wür-

den einer solchen zustimmen. Knappe zwei Drittel lehnen die Mehrwertsteuererhöhung ab.

Und auch die anderen im Bundeshaus heftig diskutierten AHV-Vorschläge begeistern die Stimmbevölkerung nicht. Eine sehr deutliche Abfuhr erhält der Evergreen aus dem bürgerlichen Lager: die Erhöhung des Rentenalters. Nur gerade 26 Prozent der Befragten sind dafür, das reguläre Rentenalter nochmals zu erhöhen, zum Beispiel auf 67 Jahre. Auch der Idee, das Rentenalter an die Lebenserwartung anzupassen, stimmen nur gerade 32 Prozent zu.

## Die Nationalbank soll es richten

Etwas besser schneidet die von linker Seite immer wieder ins Spiel gebrachte Idee der Erhöhung der Lohn-Beiträge. Immerhin 44 Prozent sprechen sich dafür aus, 49 Prozent jedoch dagegen. Definitiv nichts wissen wollen die Befragten von möglichen Abstrichen bei den Altersrenten. 81 Prozent lehnen das ab. Auch das Einfrieren der Renten auf dem heutigen Niveau oder

auch schon nur eine Anpassung, die zu einer kleineren Rentenerhöhung führen würde als heute, lehnen die Befragten mit 73 respektive 66 Prozent ab.

Was tun also? Auch hier liefert die Deloitte-Umfrage ein paar Antworten. Eine knappe, relative Mehrheit von 44 Prozent spricht sich dafür aus, dass der Bund seine Beiträge zugunsten der AHV erhöht, satte 72 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die Nationalbank die Gewinne an die AHV ausschüttet.

Und 53 Prozent der Befragten plädieren dafür, die Chancen des Kapitalmarkts auch bei der AHV besser zu nutzen. Anders gesagt: Sie wollen mehr Rendite aus dem AHV-Vermögen erwirtschaften, was wiederum die finanzielle Situation der AHV verbessern könnte. Auch Deloitte-Schweiz-Chef Reto Savoia erkennt hier eine grosse, bis anhin ungenügend genutzte Chance. Dies liegt vor allem daran, dass der AHV-Fonds seine Gelder nur relativ kurzfristig anlegen kann, weil er immer liquid sein muss, um die AHV-Renten auszuzahlen. Mit einem

längeren Anlagehorizont, zeigt sich Savoia überzeugt, könnte die Rendite verbessert werden.

## Die Verdoppelung des AHV-Fonds

Doch dafür müsste der AHV-Fonds aufgestockt werden – von heute rund 50 auf 100 Milliarden Franken. Diese Gelder sollte die Bundeskasse über mehrere Jahre, aber zeitlich befristet beisteuern. Ein in Zeiten klammer Bundesfinanzen wohl nicht ganz einfacher Vorschlag. Das weiss auch Savoia. Er plädiert deshalb dafür, dass die AHV-Zusatzausgaben woanders kompensiert werden müssten. Und er fügt an: «Wir werden die Milliarden so oder so zahlen müssen». Entweder sei das jetzt der Fall zum Aufbau von zusätzlichem AHV-Kapital mit der Chance, eine nachhaltige Finanzierung für das Vorsorgewerk aufzubauen. «Oder später, wenn wir die Defizite der AHV werden begleichen müssen.»

Skeptischer ist der Deloitte-Schweiz-Chef gegenüber dem auch in seiner Umfrage äusserst populären Vorschlag, die Natio-

---

«Wir sollten uns von der Fixierung auf 65 lösen.»



**Reto Savoia**  
Chef Deloitte Schweiz

---

nalbank anzuzapfen. Nebst den Bedenken wegen der Unabhängigkeit der Nationalbank erachtet er deren Zahlungen angesichts der hohen Gewinn- respektive

Verlustschwankungen bei der Notenbank als «nicht nachhaltig» respektive «unzuverlässig».

Potenzial erkennt Savoia auch in einem anderen Befund der Deloitte-Umfrage: Bei der seiner Ansicht nach hohen Zustimmung zu einer Flexibilisierung des Rentenalters. «Länger arbeiten wird hier von den Befragten nicht nur als Bürde, sondern auch als Chance gesehen.» Das sei eine Opportunität, die noch zu wenig genutzt werde. Hier brauche es ein Umdenken – in der Politik, aber auch in der Wirtschaft. Oft seien auch in den Unternehmen alle stur auf das eine Datum fixiert, an dem die Mitarbeitenden das Rentenalter erreichen. «Wir sollten uns von der Fixierung auf 65 lösen.»

Geht es nach Savoia, sollte jede Person selber entscheiden können, wann sie in Rente geht – abhängig von Gesundheit, finanzieller Lage und individueller Lebensplanung. Eine spätere Pensionierung würde mit höheren Renten belohnt. Gleichzeitig brauche es vonseiten der Unternehmen mehr Wertschätzung für ältere Mitarbeitende.